



Weichen stellen für eine klimagerechte Zukunft

Erwartungen von Brot für die Welt an die UN-Klimakonferenz COP21 in Paris

Wie drastisch veränderte Wettermuster und Extremereignisse sich bereits heute auf das Leben von Millionen Menschen auswirken, darauf weisen Partnerorganisationen von Brot für die Welt aus dem globalen Süden immer eindringlicher hin. Die Klimaerwärmung lässt die Gletscher schmelzen und erhitzt die Ozeane, sodass der Meeresspiegel steigt, sie löst immer häufigere und stärkere Stürme aus und zerstört so die Lebensgrundlagen unzähliger Menschen. Besonders bedroht sind die Menschen, die ohnehin schon an Armut und Hunger leiden - in Ländern des Südens, in denen die Erwärmung deutlich stärker ausfällt als im weltweiten Durchschnitt. Die Mehrheit der Bevölkerung in vielen Entwicklungsländern lebt auf dem Land und von der Landwirtschaft - und ist damit angewiesen auf einen vorhersagbaren Verlauf der Niederschläge während der Anbausaison. Weil die Regenzeiten jedoch immer stärker schwanken, Starkregen und Dürren zunehmen und vielerorts die Mittel für Anpassungsmaßnahmen wie eine Umstellung auf Bewässerungslandwirtschaft fehlen, führen die langsam voranschreitenden Klimaveränderungen zu Hunger und Armut. Der Klima-

wandel ist auch Ursache von Katastrophen wie Überschwemmungen und Erdbeben, wie sie im August dieses Jahres ausgelöst durch ungewöhnlich starken Monsunregen in Asien zahlreichen Menschen das Leben gekostet haben. Vor allem in Myanmar wurden hunderttausende Häuser sowie Straßen zerstört und Reisfelder überflutet. Der Weltklimarat (IPCC) warnt in seinem aktuellen Bericht, dass durch den Klimawandel solche und andere Wetterextreme an Häufigkeit und Intensität zukünftig noch zunehmen werden, wenn sich das Klima weiter erwärmt. Damit wachsen auch die klimabedingten „Schäden und Verluste“ (Englisch: „loss and damage“). Das Ungerechte daran ist, dass gerade die ärmsten Menschen, die keinen Zugang zu Strom haben, kein Auto besitzen und noch nie im Flugzeug saßen, die also kaum zu den Ursachen des Klimawandels beitragen, am heftigsten davon betroffen sind und noch tiefer in die Armutsfalle geraten.

Der Klimawandel wird immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen entziehen, wenn jetzt nicht endlich entschlossen gehandelt wird.



Der Supertaifun Haiyan hat mehr als 6.000 Menschen auf den Philippinen getötet und eine Million Häuser zerstört.

Verantwortung für die Armen und künftige Generationen

In diesem Jahr richtet Frankreich die Konferenz der 196 Vertragsstaaten (COP 21) der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) aus. Die „COP 21“ findet vom 29. November bis 11. Dezember 2015 in Paris statt. Zum ersten Mal in der Geschichte der seit zwei Dekaden laufenden Weltklimaverhandlungen stehen dieses Jahr die Chancen gut, dass ein völkerrechtlich bindender Klimavertrag für alle Staaten geschlossen wird, der dann 2020 in Kraft treten soll. Allerdings ist kaum zu erwarten, dass die darin vereinbarten Ziele und Maßnahmen ausreichen werden, um den Klimawandel und seine Folgen nachhaltig einzudämmen. Bisher haben die internationalen Verhandlungen nicht die erforderliche Minderung der Treibhausgasemissionen erbracht, die nötig ist, um die globale Erwärmung auf unter 2 Grad Celsius – oder besser noch 1,5 Grad Celsius – zu begrenzen. Kaum ein Staat ist bereit, sich verbindlich zu verpflichten, den Beitrag zu erbringen, der gemäß seiner bisherigen Emissionen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit fair wäre. Die Frage, was der gerechte Beitrag jedes Landes wäre, ist bisher nicht gelöst.

Auch im Vorfeld der Verhandlungen in Paris gibt es große Spannungen über die Verantwortung der einzelnen Staaten. Nur in einem Punkt ist sich die

Staatengemeinschaft einig: Der Klimawandel mit seinen gefährlichen Auswirkungen gefährdet unser aller Zukunft. Die ärmsten und verletzlichsten Länder fordern darum, dass die globale Erwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius seit Beginn der Industrialisierung begrenzt werden muss. Die Mehrzahl der anderen Staaten hält jedoch seit den Klimakonferenzen von Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) an einer tolerablen Obergrenze der Erwärmung von zwei Grad Celsius fest, ohne dass allerdings Einigkeit darüber besteht, wie dieses Ziel konkret erreicht werden soll.

Konkrete Aufgaben der internationalen Staatengemeinschaft für die COP 21-Verhandlungen sind daher:

- 1) Eine zentrale Herausforderung für die Klimaverhandlungen in Paris ist es, das abstrakte Temperaturziel von 1,5 oder 2 Grad-Begrenzung zu verbinden mit einem langfristigen Dekarbonisierungsziel, das benennt, bis wann die globalen Treibhausgasemissionen auf Null gebracht werden müssen. Nur darauf – und nicht auf ein Temperaturziel – können Staaten ihre nationalen Klimaziele ausrichten. Konkret bedeutet dies den Ausstieg aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas.

Der aktuelle Bericht des Weltklimarates beschreibt eindeutig, dass die globalen Emissionen aus dem Energiesektor bis spätestens 2050 auf Null gesenkt

werden müssen, um den Klimawandel zu stoppen. Werden alle weiteren Treibhausgase und Sektoren mitberechnet, müssen die Emissionen insgesamt bis spätestens 2070 komplett auf Null begrenzt werden. Soll die Erderwärmung maximal 1,5 Grad Celsius betragen, wäre dies noch früher erforderlich.

Die bisher zugesagten nationalen Beiträge zur Emissionsminderung, die sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDC), verfehlen diese Ziele bei Weitem, sie reichen nicht aus, den gefährlichen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad geschweige denn 1,5 Grad zu begrenzen. Stattdessen würde die Temperatur trotz der Zusagen um rund drei Grad Celsius steigen. Damit wären die Auswirkungen des Klimawandels nicht mehr beherrschbar, für hunderte Millionen von Menschen droht der Klimawandel zur endgültigen Armutsfalle zu geraten.

2) Das Pariser Abkommen muss daher neben einem langfristigen Temperatur- und Emissionsminderungsziel auch einen Mechanismus zur periodischen Überprüfung der Zielerreichung und Zielerhöhung, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, verankern. Spätestens alle fünf Jahre, erstmals im Jahr 2020, sollten die Ziele überprüft und erhöht werden.

3) Damit die nationalen Verpflichtungen vergleichbar und belastbar sind, fordert Brot für die Welt, dass im Abkommen ein Regelwerk zu einheitlichen Messverfahren, Transparenz und Rechenschaftspflichten vereinbart wird und damit mögliche Schlupflöcher geschlossen werden.

4) Ein weiterer Knackpunkt der Verhandlungen bleibt nach wie vor die Frage der Klimafinanzierung. Für das Abkommen ist entscheidend, ob eine solide Klimafinanzarchitektur enthalten sein wird, welche die Kluft zwischen Nord und Süd überwindet und den ärmsten Ländern wieder Vertrauen in den Prozess verleiht. Brot für die Welt erwartet von den Industriestaaten eine verbindliche Zusicherung der in Kopenhagen versprochenen 100 Milliarden US-Dollar zur jährlichen Klimafinanzierung für Entwicklungsländer bis 2020. Hierfür müssen ein Fahrplan sowie mehr Klarheit über Finanzierungsquellen und Kanäle, die Beiträge der einzelnen Länder sowie die Rolle von Entwicklungsbanken und des Privatsektors bei der Klimafinanzierung einschließlich entsprechender Anrechnungsregeln und der Einhaltung sozialer, menschenrechtlicher und ökologischer Standards erzielt werden.

Darüber hinaus muss im Abkommen selbst ein weiterer Zuwachs zur verlässlichen Klimafinanzierung



Wenn Dürre in Äthiopien herrscht, sind die Weiden vertrocknet und die Brunnen geben kein Wasser mehr her.



Wenn der Monsunregen durch den Klimawandel früher als erwartet und viel heftiger kommt, treten wie 2013 in Nepal die Flüsse über das Ufer und lösen Erdbeben aus.

- für Entwicklungsländer, insbesondere für Länder mit niedrigem und niedrigem mittlerem Einkommen sowie andere vulnerable Staaten, aus öffentlichen Mitteln sowie seitens der Entwicklungsbanken festgeschrieben werden. Vor allem diese Länder sind auch künftig stark auf Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Hierzu sollten neben den Industrieländern, deren Verpflichtung zur Unterstützung fortbesteht, zunehmend auch andere einkommensstarke Länder beitragen, insbesondere solche mit hohen Pro-Kopf-Emissionen auf dem Niveau von Industrieländern oder darüber.
- 5) Für die ärmsten und verletzlichsten Staaten hat die Steigerung ihrer Anpassungsfähigkeit beziehungsweise Klimaresilienz hohe Priorität, für manche ist sie perspektivisch eine Überlebensfrage. Das muss im Abkommen ebenso verankert werden wie der Klimaschutz. Die Staatengemeinschaft steht in der Verantwortung, den ärmsten und verletzlichsten Staaten zu signalisieren, dass sie in der Klimakrise nicht zurückgelassen werden. Die Risiken des Klimawandels müssen auf allen Schultern gerecht verteilt werden. Brot für die Welt fordert daher, dass das Abkommen ein Klimaresilienz- oder Anpassungsziel enthält, das die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, durch nationale ebenso wie durch gemeinsame Anstrengungen und in Übereinstimmung mit den Prinzipien, Verpflichtungen und Zielen der Klimarahmenkonvention, dem Sendai-Aktionsrahmen für Katastrophenprävention sowie der Menschenrechtspakete die Resilienz gegenüber unabwendbaren negativen Folgen des Klimawandels zu erhöhen. Dabei sind die Industrieländer und andere wirtschaftlich starke Länder besonders gefragt.
- 6) Trotz aller Anpassungsmaßnahmen werden bestimmte klimabedingte Schäden und Verluste nicht ausbleiben. Brot für die Welt erwartet von der Staatengemeinschaft klare Vereinbarungen darüber, wie diese solidarisch und gerecht bewältigt werden können.

Klimabedingte Schäden und Verluste bewältigen

Klimabedingte Schäden und Verluste haben aufgrund der globalen Erwärmung in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Das Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenprävention beziffert den Ver-

lust an Menschenleben von 1992 bis 2012 auf 559.000. Laut dem Versicherungsunternehmen Munich Re haben sich die wirtschaftlichen Schäden durch Wetterextreme seit 1992 vervierfacht. Klimaforscherinnen und -forscher warnen im Sonderbericht des Internationalen Klimarates zu Extremereignissen davor, dass diese in Zukunft noch weiter zunehmen werden. Entwicklungsländer sind von klimabedingten Schäden und Verlusten überproportional betroffen. Das hohe Risiko liegt zum einen an der geographischen Lage vieler Entwicklungsländer, die sie sehr anfällig für klimabedingte Naturkatastrophen wie Stürme oder Dürren macht, zum anderen an einer hohen Verwundbarkeit der Bevölkerung, die in Not und Armut lebt. Zwar haben viele Staaten inzwischen ein verbessertes Klimarisikomanagement entwickelt und Maßnahmen ergriffen, benötigen aber weitere Unterstützung.

Im UNFCCC-Prozess sind klimabedingte Schäden und Verluste seit zwanzig Jahren ein Thema. Aus Angst vor Regressansprüchen haben die Industrieländer die Verhandlungen jedoch lange hinausgezögert. Erst seit 2010 und vor allem mit der Gründung des Internationalen Warschau-Mechanismus zu klimabedingten Schäden und Verlusten 2013 haben die Verhandlungen deutlich an Dynamik gewonnen. Insbesondere für die Gruppe der ärmsten Länder sowie der kleinen Inselstaaten hat das Thema auch bei der Klimakonferenz in Paris höchste Priorität. Denn Fortschritte sind möglich: Das COP 21-Abkommen könnte einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, das politisch kontroverse Thema endgültig unter dem Dach der Klimarahmenkonvention zu verankern und damit den Weg dafür frei zu machen, technische Lösungen zu finden und umzusetzen.

Was politisch jetzt zu tun ist

Gemeinsame Verantwortung für solidarischen Umgang mit klimabedingten Schäden im Paris-Abkommen anerkennen und so gegenüber den Betroffenen ein Signal der Solidarität setzen

Klimabedingte Schäden und Verluste durch Emissionsminderung sowie Anpassung weitgehend zu vermeiden ist das Ziel der Klimarahmenkonvention. Dass es dennoch und bereits jetzt zu Schäden und Verlusten kommt, ist Fakt. Bei steigenden Temperaturen ist ein weiterer Anstieg der Schäden zu erwarten. Es würde alle Gerechtigkeitskriterien verletzen, wenn die Betroffenen, häufig die Verletzlichen und Ärmsten, nicht unterstützt würden: Im Paris-

Abkommen sollte die internationale Staatengemeinschaft klimabedingte Schäden und Verluste als Herausforderung anerkennen und sich dazu bekennen, deren Bewältigung als gemeinsame Aufgabe und unter Zugrundelegung des Solidarprinzips zu betreiben. Das beinhaltet die Verpflichtung, die Arbeit zu klimabedingten Schäden und Verlusten unter dem Dach der Klimarahmenkonvention auszubauen und insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder sowie kleine Inselstaaten zu unterstützen.

Den Internationalen Warschau-Mechanismus (WIM) in Paris bestätigen und stärken

Der WIM wurde als Instrument der Klimarahmenkonvention geschaffen, um das Verständnis von klimabedingten Schäden und Verlusten zu verbessern, diese durch verstärkte Zusammenarbeit zu bewältigen und im Schadensfall geeignete Unterstützung zu mobilisieren. Der WIM sollte im Paris-Abkommen institutionell langfristig verankert, das Mandat durch einen COP-Beschluss bestätigt und gestärkt, und die finanziellen und sonstigen Voraussetzungen für die beschleunigte und verbesserte Umsetzung seines Arbeitsprogrammes sowie der Folgearbeit ebenfalls durch einen COP-Beschluss gesichert werden. Dieser sollte unter anderem finanzielle Zusagen beinhalten, um regelmäßige Sitzungen des Exekutiv-Komitees, dessen erweiterte Unterstützung durch das UNFCCC-Sekretariat sowie die Durchführung von Expertenkonsultationen und Gutachten bis Ende 2017 finanziell abzusichern. Die WIM-Evaluierung sollte auf 2017 verschoben und dann überprüft werden, ob die bisherigen institutionellen Anordnungen ausreichen, um angemessene Lösungen zu erwirken.

Systematische Klimarisikoanalysen durchführen und Klimarisikomanagement fördern

Klimabedingte Schäden und Verluste zu minimieren muss auf allen Ebenen zur Priorität werden. Hierfür sollten vor allem in potentiellen Gefahrengebieten Frühwarnsysteme eingeführt und systematische Klimarisikoanalysen durchgeführt werden. Die Ergebnisse sollten in der weiteren Entwicklungs- und Raumplanung berücksichtigt und Risiken durch Klimarisikomanagement gemindert werden. Das beinhaltet eine Nutzungsüberprüfung und gegebenenfalls den Stopp der Bebauung beziehungsweise Umsiedlung in Hochrisikozonen. Klimarisikoanalysen und Klimarisikomanagement benötigen internationale Förderung. Sie sollten in den Anpassungsplänen der Länder aufgenommen werden, wenn nötig

verbunden mit dem Verweis auf eine erforderliche finanzielle Unterstützung. Die Anpassungspläne sollten in einem Anhang des Paris-Abkommens erfasst und Gegenstand regelmäßiger Überprüfung sein.

Die G7-Klimaversicherungsinitiative umsetzen und den Ärmsten Zugang verschaffen

Gut ausgestaltete Klimaversicherungen – vor allem öffentlich-private Ansätze – sind ein zentrales Instrument des Risikotransfers, das wirkungsvollen Schutz vor Klimaschäden bieten kann. Um diesen auf arme Länder und die verletzbarsten Bevölkerungsgruppen auszuweiten, bedarf es innovativer Ansätze und internationaler Unterstützung. Die G7-Initiative, bis 2020 400 Millionen Menschen aus Ländern mit niedrigem oder niedrigem mittlerem Einkommen Schutz durch eine Klimarisikoversicherung zu verschaffen, wird mit einer Anschubfinanzierung durch Deutschland in Höhe von mindestens 150 Millionen Euro unterstützt. Jetzt ist zu klären, wie auch arme und verletzte Bevölkerungsgruppen Versicherungsschutz erlangen können. Die G7-Klimaversicherungsinitiative sollte darum Bestandteil der Lima-Paris Action Agenda werden.

Über Paris hinaus denken

Ein ambitioniertes Klimaabkommen in Paris zu erzielen, dass als starkes Signal für globale Dekarbonisierung und Erhöhung der Klimaresilienz wahrgenommen wird, ist ein notwendiger, aber kein hinreichender Schritt, den Klimawandel einzudämmen. Nach Paris beginnt eine neue Phase der Umsetzung und die Aufgabe der Zivilgesellschaft bleibt es, die Staatengemeinschaft in die Verantwortung zu nehmen, ambitionierter zu handeln.

Die Klimaverhandlungen in Paris mobilisieren immer breitere gesellschaftliche Kreise, die Klimagerechtigkeit einfordern. Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit ist gestiegen. Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 für eine global nachhaltige Entwicklung bringt dies deutlich zum Ausdruck. Neue Leitbilder und Visionen ebenso wie die Frage, was strukturell und individuell zu tun ist, werden inzwischen weltweit diskutiert und mit den Folgewirkungen des Klimawandels auf die Ärmsten in Verbindung gebracht. Ohne einen global umfas-

senden Umbau der Investitions-, Produktions- und Konsumweisen hin zu einer postfossilen, kohlenstoffarmen Wirtschaft wird eine wirksame Eindämmung des Klimawandels nicht gelingen. Ein grundlegender Umbau ist auch deshalb notwendig, weil die Klimakrise in einem engen und wechselseitigen Zusammenhang mit anderen globalen Krisen wie der Nahrungskrise oder der Energiekrise steht.

Eine große Transformation

Die Berichte des Weltklimarats der Vereinten Nationen warnen und ermutigen zugleich: Die Klimakrise werde nicht beherrschbar sein, wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird. Die gute Nachricht dabei lautet, dass wir das Problem nach wie vor in den Griff bekommen können, wenn wir nur wollen. Der New Climate Economy Report schlägt in die gleiche Kerbe: Den Klimawandel einzudämmen sei billiger als mit dessen Folgen umzugehen. Den finanziellen Kraftakt können wir leisten, wenn wir nur wollen. Die nächsten 15 Jahre werden entscheidend sein, um auf der Welt noch einen klimaverträglichen Wachstumspfad einzuschlagen. In diesem Zeitraum werden weltweit rund 90 Billionen US-Dollar in städtische Infrastruktur, Energiesysteme und Verkehr investiert. Diese Investitionen müssen auf ein klimaverträgliches Wachstum ausgerichtet sein, das mehr Arbeitsplätze, bessere Gesundheit, Produktivität und Lebensqualität bringt. Der New Climate Economy-Bericht warnt beispielsweise davor, weiter in Kohleverstromung zu investieren. Auf neue Kohlekraftwerke sollten Industrieländer völlig verzichten. Der Ausstieg aus den fossilen Energien bis spätestens zur Jahrhundertmitte ist technisch machbar und wirtschaftlich vorteilhaft, da die erneuerbaren Energien ordentlich aufgeschlossen haben.

Allein die Photovoltaik ist seit 2010 80 Prozent billiger und gleichzeitig 40 Prozent effizienter geworden. Zudem hat es eine gewaltige Verschiebung im Wertesystem der Gesellschaft gegeben. Unter dem Stichpunkt „Divestment“ trennen sich Anlegerinnen und Anleger von Aktien, Anleihen oder Investmentfonds, die unökologisch oder unter ethischen Gesichtspunkten fragwürdig sind. Der Norwegian Government Pension Fund Global ist einer der wichtigsten Akteure auf den weltweiten Aktienmärkten und zudem einer der Top-Ten-Investoren für die globale Kohleindustrie. Ende Mai 2015 hat das norwegische Parlament einstimmig vereinbart, große Kohlekonzerne aus dem Portfolio auszuschließen. Andere Investoren werden folgen und damit die fossilen Energien durch gezielte und gelenkte Investitionen von den Kapitalmärkten ausschließen, weil sie unrentabel werden.

Die gesellschaftliche Mobilisierung

Anlässlich des Ban Ki-moon Klimasondergipfels in New York sind im September 2014 über 300.000 Menschen allein in der amerikanischen Metropole auf die Straße gegangen und haben Klimagerechtigkeit sowohl für die jetzt schon betroffenen Menschen als auch zukünftige Generationen eingefordert. Dieses Beispiel zeigt, dass die Klimabewegung sich zunehmend vergrößert und mehr denn je Bürger und Bürgerinnen ihre Regierungen dazu aufrufen, endlich Verantwortung zu übernehmen und den Klimawandel zu beenden.

Für die Verhandlungen in Paris am 28. November wird sogar mit einer halben Million Demonstrierenden gerechnet. Parallel werden weltweit in großen Städten weitere Demonstrationen und Aktionen für Klimagerechtigkeit geplant.

Eine dieser Aktionen ist der ökumenische Pilgerweg, zu dem ein ökumenisches Bündnis aus Landeskirchen, Diözesen, christlichen Entwicklungsdiensten wie Brot für die Welt, Missionswerken und (Jugend-)Verbänden Einzelpersonen, Gruppen und Jugendgruppen einlädt. Mit dem Pilgerweg für Klimagerechtigkeit und Frieden wollen die Veranstalter auf die globalen Dimensionen des Klimawandels auf-

merksam machen und den Diskurs um Gerechtigkeitsfragen (Verteilungsgerechtigkeit, Ausgleich der Schäden und Belastungen) weiter vorantreiben.

Denn auch unser persönliches Handeln hat Auswirkungen auf den Klimawandel und dessen Folgen für Menschen im globalen Süden. Das Engagement von jedem Einzelnen für Klimagerechtigkeit ist darum wichtig – und muss auch über Paris hinaus Bestand haben.

Ihre AnsprechpartnerInnen zur Klimapolitik von Brot für die Welt

- Sabine Minninger, Referentin für Klimapolitik
Klimaabkommen, UNFCCC-Prozess, Klimafinanzierung, Anpassung, klimabedingte Schäden und Verluste, Internationaler Warschau-Mechanismus
sabine.minninger@brot-fuer-die-welt.de
- Eike Zaumseil, Referent für Klima und Landwirtschaft
Ernährungssicherheit, kritische Begleitung der Climate Smart Agriculture Alliance
eike.zaumseil@brot-fuer-die-welt.de



Kiribati ist ein Inselparadies, das sehr vom Klimawandel betroffen ist. In einigen Jahrzehnten wird es das Land nicht mehr geben.

- Sophia Wirsching, Referentin für Migration und Entwicklung
Menschenrechte und Flüchtlingsfragen, klimabedingte Migration und Umsiedlungen
sophia.wirsching@brot-fuer-die-welt.de
- Dr. Joachim Fünfgelt, Referent für Energiepolitik
Nachhaltige Überwindung von Energiearmut im globalen Süden durch erneuerbare Energien, globale Energiewende, kohlenstoffarme Entwicklungsstrategien
joachim.fuenfgelt@brot-fuer-die-welt.de
- Annegret Zimmermann, Referentin für Klima und Tourismus
Verantwortliche, nachhaltige und klimafreundliche Tourismuskonzepte, Regularien für Flug- und Schiffs-emissionen, ICAO- und IMO-Prozess
annegret.zimmermann@brot-fuer-die-welt.de
- Heinz Fuchs, Referatsleiter Wirtschaft und Umwelt
Der Pilgerweg für Klimagerechtigkeit, Engagement der Kirchen und Interreligiöse Aktionen
heinz.fuchs@brot-fuer-die-welt.de

Weiterführende Publikationen

Brot für die Welt hat in seinen Bündnissen an folgenden Positionierungen und Forderungspapieren zum Klimagipfel mitgewirkt:

1. Brot für die Welt/Germanwatch/ACT Alliance (2015): Klimabedingte Schäden und Verluste - die politische Herausforderung annehmen und gerecht lösen. Profil 19. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/themen/fachpublikationen
2. VENRO/Klima-Allianz Deutschland (2015): Der Weg zu einer klimagerechten Zukunft. Veröffentlicht unter: http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/Klima_gerechte_Zukunft.pdf
3. TRANSFORM (Brot für die Welt, BUND, Germanwatch, Greenpeace, Misereor, WWF) (2015): Eckpunkte für das Pariser Klimaabkommen.
4. ACT Alliance (2015): Paris Expectation Paper: The post-2020 agreement and the pre-2020 action.
5. Climate Action Network International (2015): The Paris outcome: Composition and placement of elements. Veröffentlicht unter: www.climatenet

work.org/sites/default/files/final_can_position_the_paris_outcome-composition_and_placement_of_elements_august_2015.pdf

Weitere Publikationen zur Klimapolitik

Friedrich-Ebert-Stiftung, Brot für die Welt, WWF Deutschland, ACT Alliance, Climate Action Network (2015): *Pioneers of Change: Sustainable Low Carbon Development in Developing Countries*. Veröffentlicht unter: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/11664.pdf>

Brot für die Welt/Heinrich-Böll-Stiftung/Oxfam/Germanwatch (2015): *Deutschlands Klimafinanzierung - ein Beitrag zu Armutsminderung und nachhaltiger Entwicklung*. Aktuell 52. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Aktuell/Aktuell_52_Klimafinanzierung.pdf

Brot für die Welt (2015): *Klimawandel - Aus Risiken Chancen machen*. Im Fokus 1/2015.

Brot für die Welt (2014): *Herausforderung Klimawandel - Eine Strategie für ökologische Landwirtschaft und Klimaresilienz*. Analyse 42. Veröffentlicht unter: www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse_42_Oekologische_Landwirtschaft_und_Klimaresilienz.pdf

Impressum

Herausgeber Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.

Caroline-Michaelis-Straße 1, 10115 Berlin

Telefon: +49 30 65211 0

E-Mail: kontakt@brot-fuer-die-welt.de

www.brot-fuer-die-welt.de

Autorin Sabine Minninger

Redaktion Maike Lukow

Fotos Jens Grossmann (Titel, S. 2, 4), Christof Krackhardt (S. 2), Carsten Stormer (S. 6)

V.i.S.d.P. Dr. Klaus Seitz

Layout János Theil

Druck dieUmweltDruckerei GmbH, Langenhagen

Gedruckt auf Recycling-Papier

Art. Nr. 129 502 120

Spenden

Brot für die Welt

Spendenkonto: 500 500 500

Bank für Kirche und Diakonie

BLZ: 1006 1006

IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00

BIC: GENODED1KDB

Oktober 2015